

Antwort der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Max Stadler, Klaus Haupt, Cornelia Pieper, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 15/4702 –**

Strategien gegen Rechtsextremismus

Vorbemerkung der Fragesteller

Eine intensive Befassung mit dem Thema „Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit“ wird angesichts dieser wiederkehrenden Problematik immer dringlicher. Insbesondere seit der Wiedervereinigung stellt der aufkeimende politische Extremismus eine Herausforderung für die Demokratie in Deutschland dar.

Dies wurde nicht nur Anfang der 90er Jahre durch die gewaltsamen Angriffe auf in Deutschland lebende Ausländer u. a. in Mölln, Solingen, Hoyerswerda oder Rostock-Lichtenhagen verdeutlicht, sondern manifestierte sich auch zuletzt durch die Wahlerfolge rechtsextremer Parteien in Sachsen (NPD 9,2 %), Brandenburg (DVU 6,1 %) und dem Saarland (NPD 4,0 %).

Die rechtsextremen Parteien gewinnen entscheidend bei jungen, formal niedrig gebildeten Männern an Popularität. In Sachsen erreichte die NPD bei den 18- bis 29-jährigen Männern 21 %, bei allen unter 35-jährigen mit Hauptschulabschluss sogar 26 %. Bei Arbeitslosen kam die NPD immerhin auf 18 % und die DVU auf 13 %.

Nahezu alle Anhänger (96 %) der NPD in Sachsen fühlen sich in ihrem Leben benachteiligt und sehen aufgrund der Anzahl der in Deutschland lebenden Ausländer eine „Überfremdungsgefahr“. Die Popularität des Rechtsextremismus im Osten steht unter anderem in einem Zusammenhang mit der hohen Arbeitslosigkeit und den wirtschaftlichen Strukturschwächen, von denen insbesondere dieser Teil Deutschlands betroffen ist. Wie der Wahlerfolg der NPD im Saarland im September 2004 oder das geplante Bombenattentat der neonazistischen „Kameradschaft Süd“ in München im September 2003 gezeigt hat, wäre es dennoch leichtfertig, Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus als ein rein ostdeutsches Phänomen zu bezeichnen. Nach einer Umfrage der Mannheimer „Forschungsgruppe Wahlen“ vom Herbst 2004 können sich bundesweit 6 % aller Wahlberechtigten vorstellen, eine gemeinsame Liste von NPD und DVU zu wählen. Ein Zusammenschluss der rechtsextremen Parteien würde aber das bisherige Manko der inneren Zerstrittenheit der Rechtsextremisten beseitigen.

Diesbezüglich ist alarmierend, dass im Oktober 2004 sich die Parteichefs Dr. Gerhard Frey (DVU) und Udo Voigt (NPD) auf eine taktische Zusammenarbeit in der Gestalt einigten, dass die DVU zu den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein im Februar 2005 nicht antreten werde, um der NPD das Feld zu überlassen. Ein solches Vorgehen hatte sich bereits bei den Wahlen in Sachsen und Brandenburg als erfolgreich erwiesen. Nach Ansicht der beiden Parteichefs habe man gesehen, dass der Schlüssel zum Erfolg darin liege, dass jeweils nur eine nationale Partei auf dem Stimmzettel stehe. Dies sei auch das Ziel für die Bundestagswahl 2006.

NPD-Parteichef Udo Voigt macht keinen Hehl aus den verfassungsfeindlichen Absichten: In einem Interview vom 24. September 2004 mit der Zeitschrift „Junge Freiheit“ wird er mit den Worten zitiert: „Es ist unser Ziel, die BRD ebenso abzuwickeln, wie das Volk vor fünfzehn Jahren die DDR abgewickelt hat. Dies geht offensichtlich auch über die Wahlurne.“

Bedenklich ist, wie groß die Erfolge rechter Parteien und Organisationen bei jungen Menschen sind. Nach Angaben des Bundesamtes für Verfassungsschutz soll es derzeit insgesamt 169 rechtsextreme Organisationen mit 41 500 Mitgliedern und Sympathisanten geben. 2002 wurden 146 Organisationen gezählt. In der Neonazi-Szene stieg die Anzahl der Gruppierungen gegenüber 2002 (72) auf 95 an. Ebenso ist die Anzahl der bekannten Neonazis von 2 600 auf 3 000 gestiegen.

In vielen Gebieten Ostdeutschlands ersetzen Kameradschaften die im Westen über Jahrzehnte gewachsene bürgerliche, soziale Infrastruktur für Kinder und Jugendliche. Diese Kameradschaften formen das Freizeitverhalten der Mitglieder, wobei rechtsextremistische Grundpositionen eine weltanschauliche Klammer bilden, die die Gruppenidentität prägt. Tatsächlich ist es im Osten gelungen, „national befreite“ Zonen zu schaffen, in denen der Rechtsextremismus zur dominierenden Alltagskultur aufgestiegen ist. Man brüstet sich damit, „ausländerfrei“ zu sein. Wer in seinem Aussehen oder seinen Ansichten dem rechten Mainstream nicht entspricht, muss im Alltag mit Ausgrenzung, Beleidigungen, Drohungen oder tätlichen Übergriffen rechnen.

Dort wo Jugendzentren, Vereine oder andere Anlaufstationen den Sparzwängen zum Opfer gefallen sind, sind die Rechten zur Stelle und bieten sich als Helfer an. Durch die Kameradschaften oder ähnliche Organisationen finden sie einen direkten Zugang zu Kindern und Jugendlichen und können sie mit einem gefährlichen Ideologiecocktail beeinflussen.

Es sind meist Angst und Unzufriedenheit, Defizite im sozialen Umfeld, fehlende Bildung und Ausbildung, zunehmende Perspektivlosigkeit durch Arbeitslosigkeit oder auch eine höhere Anfälligkeit zum Mitläufertum, die einen Teil der Bevölkerung zu den rechtsextremen Parteien treiben. Dabei wird die Angst und Unzufriedenheit auf Ausländer, insbesondere auf Asylbewerber, projiziert.

In der Öffentlichkeit zeigt sich eine Neigung zu einem neuen Umgang mit den Erblasten aus der NS-Zeit. Vermehrt wird die Leidensgeschichte von Deutschen in den Vordergrund gestellt. Fernsehdokumentationen oder Filme wenden sich von den Verbrechen der nationalsozialistischen Diktatur ab und fokussieren auf einzelne Personen oder Vorgänge. Dies birgt die Gefahr, dass die Stimme der Opfer in den Hintergrund gerät und durch eine Verdrängung in Vergessenheit gerät. Es ist aber eine Aufgabe der Demokratie, dem entgegenzuwirken.

In Anbetracht der erwähnten Umstände stellt sich erneut die Frage, wie die Öffentlichkeit, die Parteien und die Medien darauf angemessen reagieren. Teilweise gerät in Vergessenheit, dass die Fremdenfeindlichkeit und der Rechtsextremismus ein dauerhaftes Problem in Deutschland sind. In der Öffentlichkeit wird dieses Problem oftmals nur punktuell wahrgenommen, etwa wenn rechte Parteien einen Wahlerfolg verbuchen konnten oder es zu schwerwiegenden Gewaltexzessen kam. Nach einer kurzzeitigen Skandalisierung gerät das Thema schnell wieder in den Hintergrund.

Die Demokratie hat aber einen Dauerauftrag, sich für die Demokratie einzusetzen, Toleranz zu fördern und Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit zu bekämpfen.

Vorbemerkung der Bundesregierung

Die Bundesregierung widmet dem Thema „Rechtsextremismus“ in besonderer Weise und dauerhaft Aufmerksamkeit. Sie hat in der vergangenen Wahlperiode mit ihrem „Bericht über die aktuellen und geplanten Maßnahmen und Aktivitäten der Bundesregierung gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Gewalt“ (Bundestagsdrucksache 14/9519) gemäß Ziffer 21 des Beschlusses des Deutschen Bundestages vom 30. März 2001 (Bundestagsdrucksache 14/5456) ein umfassendes Konzept für die Bekämpfung dieser besorgniserregenden Phänomene vorgelegt. Dieses Konzept ist weiterhin gültig und wird daher unvermindert fortgeführt und umgesetzt.

Anders als in der Vorbemerkung der Fragesteller dargestellt, ist es Rechtsextremisten nicht gelungen, in Ostdeutschland so genannte national befreite Zonen zu schaffen. Erst recht trifft es nicht zu, dass „im Osten ... der Rechtsextremismus zur dominierenden Alltagskultur aufgestiegen ist“. Richtig ist allerdings, dass es in Ostdeutschland gesellschaftliche Segmente gibt, in denen der Rechtsextremismus eine besondere Rolle spielt.

1. Wie haben sich die Mitgliederzahlen in den rechtsextremen Parteien in Deutschland in den letzten 5 Jahren entwickelt?

Wie bewertet die Bundesregierung diese Entwicklungen?

Die Mitgliederentwicklung im rechtsextremistischen Parteienspektrum war in den Jahren 1999 bis 2003 rückläufig.

	1999	2000	2001	2002	2003
NPD	6 000	6 500	6 500	6 100	5 000
DVU	17 000	17 000	15 000	13 000	11 500
REP¹	14 000	13 000	11 500	9 000	8 000

¹ Es kann nicht davon ausgegangen werden, dass alle Mitglieder der REP rechtsextremistische Ziele verfolgen oder unterstützen.

Für 2004 ist insgesamt weiterhin von einer rückläufigen Mitgliederentwicklung im rechtsextremistischen Parteienlager auszugehen; die Mitgliederzahl der NPD dürfte in etwa gleich geblieben sein.

Die Gründe für diese Entwicklung sind unterschiedlich:

- Die „**Nationaldemokratische Partei Deutschlands**“ (NPD) musste 2003 einräumen, als Folge des Parteiverbotsverfahrens ca. 1 000 Mitglieder verloren zu haben. Auch die Einstellung des Verbotsverfahrens durch das Bundesverfassungsgericht am 18. März 2003 führte nicht zu der von der NPD erhofften Aufbruchstimmung. Durch ihren Einzug in den Sächsischen Landtag am 19. September 2004 hat die Partei allerdings an Attraktivität für die rechtsextremistische Szene gewonnen.
- Die Partei „**Die Republikaner**“ (REP) ist seit Jahren durch innerparteiliche Auseinandersetzungen über den von der Parteiführung vertretenen Abgrenzungskurs gegenüber anderen Organisationen des rechtsextremistischen Spektrums sowie durch anhaltende Wahlniederlagen gekennzeichnet. Beides führte zu kontinuierlichen Mitgliederverlusten.

– Die „**Deutsche Volksunion**“ (DVU) konnte keinen Ausgleich ihres altersbedingten Mitgliederschwundes durch Beitritt junger Rechtsextremisten aus anderen Bereichen der Szene erreichen.

2. Liegen Statistiken für einen europaweiten Vergleich hinsichtlich des Zuwachses rechtsextremer Parteien vor?

Welche Erkenntnisse ergeben sich daraus?

Der Bundesregierung liegen keine entsprechenden Statistiken vor.

3. Wie hat sich der Organisationsgrad der „Kameradschaften“ in den letzten 5 Jahren entwickelt?

Wie schätzt die Bundesregierung diese Entwicklung ein?

Aufgrund zahlreicher Verbote rechtsextremistischer Vereine organisiert sich die neonazistische Szene jetzt überwiegend in so genannten Kameradschaften. Diese Zusammenschlüsse, denen im Durchschnitt ca. 20 Personen angehören, verfügen meist nur über schwach ausgebildete Strukturen. Die 3 000 Personen, die 2003 der neonazistischen Szene zuzurechnen waren, waren fast ausschließlich in einer der rund 160 Kameradschaften organisiert.

Die Gründung von Kameradschaften zersplitterte die Neonaziszene und beschränkte ihre politische Aktionsfähigkeit auf einen lokalen, allenfalls regionalen Bereich. Wegen der fehlenden Dachorganisation ist es trotz des Internets für deren Angehörige schwierig geblieben, die gesamte neonazistische Szene oder zumindest größere Teile hiervon zu erreichen, ideologische Ausrichtungen zu bestimmen oder Kampagnen festzulegen.

4. Wie hat sich die Zahl der Straftaten mit rechtsextremistischem und fremdenfeindlichem Hintergrund in den letzten 5 Jahren in den einzelnen Bundesländern entwickelt?

Vorbemerkung

Mit Wirkung vom 1. Januar 2001 wurde die statistische Erfassung und Bewertung von Delikten aus dem Bereich des polizeilichen Staatsschutzes auf das Definitionssystem „Politisch motivierte Kriminalität“ umgestellt. Zentrales Merkmal ist nicht mehr die extremistische, auf Überwindung des freiheitlichen, demokratischen Systems gerichtete, sondern die politisch motivierte Tat. Aufgrund der unterschiedlichen Erfassungs- und Bewertungsgrundlagen der Meldedienste ist eine Gegenüberstellung der statistischen Angaben der Jahre 2000 und 2001 nicht möglich. Es wurde daher von der Übermittlung der Zahlen für das Jahr 2000 abgesehen. Die endgültigen Gesamtzahlen für 2004 liegen wegen noch laufender Nachmeldungen bisher nicht vor.

Die im Nachfolgenden genannten Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund und mit fremdenfeindlicher Motivation sind Teilmengen der politisch motivierten Kriminalität rechts.

Politisch rechts motivierte Straftaten mit extremistischem Hintergrund			
Jahresendwerte 2001 – 2003, Gesamtzahlen nach Bundesländern			
	2001	2002	2003
BB	356	742	980
BR	268	879	931
BW	1 112	921	839
BY	1 836	1 419	1 357
HB	147	125	62
HE	720	513	563
HH	218	174	139
MV	65	140	252
NI	1 004	1 279	1 194
NW	876	1 526	1 691
RP	217	171	273
SH	515	316	321
SL	108	109	94
SN	1 565	1 316	1 098
ST	613	555	559
TH	434	717	439
Gesamt	10 054	10 902	10 792

Politisch rechts motivierte Straftaten mit fremdenfeindlicher Motivation			
Jahresendwerte 2001 – 2003, Gesamtzahlen nach Bundesländern			
	2001	2002	2003
BB	300	225	213
BR	90	146	181
BW	361	260	237
BY	423	365	306
HB	49	30	18
HE	185	121	138
HH	146	79	39
MV	88	70	41
NI	355	380	291
NW	659	483	436
RP	101	87	56
SH	218	137	124
SL	31	25	23
SN	184	196	126
ST	93	97	109
TH	108	88	93
Gesamt	3 391	2 789	2 431

5. Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, um rechtsextremistische Aktivitäten im Internet besser zu verhindern und konsequent zu verfolgen?

Die Bundesregierung sieht die strafrechtliche Bekämpfung inkriminierter rechtsextremistischer Inhalte als einen wichtigen Baustein bei der Verhinderung rechtsextremistischer Aktivitäten im Internet. Dementsprechend werden die von den Sicherheitsbehörden festgestellten strafbaren Inhalte im Internet konsequent verfolgt.

Bereits im Januar 1999 wurde beim Bundeskriminalamt eine „Zentralstelle für anlassunabhängige Recherchen in Datennetzen“ (ZaRD) eingerichtet. Diese sucht das Internet systematisch, anlassunabhängig und deliktsübergreifend nach strafrechtlich relevanten Inhalten u. a. aus dem Phänomenbereich der rechtsextremistisch politisch motivierten Kriminalität ab.

Auch das Bundesamt für Verfassungsschutz nimmt anlassunabhängige Recherchen vor und leitet seine Erkenntnisse bei strafrechtlicher Relevanz zur Bearbeitung an die Strafverfolgungsbehörden weiter.

6. Wie viele Internetseiten wurden im vergangenen Jahr aufgrund rechtsextremistischer oder fremdenfeindlicher Inhalte vom Bundesamt für Verfassungsschutz beobachtet und gegen wie viele wurden Sperrverfügungen erlassen?

Die Anzahl der von Deutschen betriebenen rechtsextremistischen Homepages blieb 2004 mit ca. 950 Seiten auf vergleichbarem Niveau der Jahre 2002 und 2003 (2003: 950, 2002: 1 000).

Der Erlass von Sperrverfügungen liegt im Zuständigkeitsbereich der Länder. Angaben über die Anzahl der bisher erlassenen Sperrverfügungen liegen der Bundesregierung nicht vor.

7. Welche Strategien verfolgt die Bundesregierung zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und der „neuen Rechten“?

Die Bundesregierung hat ihre Strategie zur Bekämpfung des Rechtsextremismus in einem Bericht an den Deutschen Bundestag ausführlich dargelegt (vgl. Vorbemerkung der Bundesregierung). Die Schwerpunkte dieser „Vier-Säulen-Strategie“ bilden:

- Menschenrechtspolitik und Menschenrechtserziehung
- Stärkung der Zivilgesellschaft und Förderung der Zivilcourage (vgl. dazu auch die Antworten zu den Fragen 10 und 15)
- Förderung der Integration von Ausländern
- Maßnahmen, die auf Täter und ihr Umfeld zielen.

8. Welche maßgeblichen polizeilichen (Präventiv-)Konzepte gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit sind in den letzten 5 Jahren durchgeführt worden?

Welche sind weiterhin beabsichtigt?

Welche Schlussfolgerungen lassen sich daraus schließen?

In erster Linie erfolgt die polizeiliche Auseinandersetzung beim täglichen Umgang der Polizisten vor Ort mit fremdenfeindlich, antisemitisch und rechtsextremistisch motivierten Tatverdächtigen. Hierzu steht der Polizei eine

Bandbreite präventivpolizeilicher Maßnahmen zur Verfügung. Diese reichen von der polizeilichen Aus- und Fortbildung, über die Einrichtung spezieller Ermittlungsgruppen bis hin zu Aussteigerprogrammen/Ausstiegshilfen, die sowohl in der Zuständigkeit der Polizei als auch der Verfassungsschutzbehörden angesiedelt sind. Daneben engagiert sich die Polizei bei zahlreichen der in der Antwort zu Frage 7 genannten Initiativen zur Bekämpfung von Rechtsextremismus, u. a. im Bereich der Jugendarbeit und der von der Innenministerkonferenz im Herbst 2004 ins Leben gerufenen Projektgruppe zur Erstellung eines Konzepts für eine Informations- und Aufklärungskampagne über den Rechtsextremismus.

Gerade auch angesichts der jüngsten Wahlerfolge rechtsextremistischer Parteien ist eine Fortführung und Weiterentwicklung dieser Maßnahmen unerlässlicher Bestandteil einer Erfolg versprechenden Bekämpfungsstrategie.

9. Wie bewertet die Bundesregierung die bisherigen Ergebnisse des Aussteigerprogramms für Rechtsextremisten?

Seit Initiierung des Aussteigerprogramms durch das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) im Jahr 2001 haben sich über das Aussteiger-Kontakttelefon 930 Interessenten gemeldet. Davon waren 220 Personen ernsthaft an einem Ausstieg aus der rechtsextremistischen Szene interessiert. Das BfV hat bisher 100 Personen – zum Teil intensiv – betreut. Zahlreiche Fälle konnten erfolgreich abgeschlossen werden. In allen Fällen findet eine enge Abstimmung mit den Landesämtern für Verfassungsschutz (LfV) statt. Weitere Aussteigerprogramme werden von verschiedenen Landesbehörden in BW, BY, HH, NI, NRW, RP, SN und TH durchgeführt.

Das Aussteigerprogramm entfaltet schon allein dadurch eine positive Wirkung, dass insbesondere junge Menschen sich ernsthaft mit dem Gedanken eines Ausstiegs befassen und von sich aus auf die Hilfsangebote eingehen. Das Aussteigerprogramm wurde im Übrigen innerhalb der rechtsextremistischen Szene thematisiert. Die Reaktionen zeigen, dass es zu einer deutlichen Verunsicherung geführt hat.

10. Wie bewertet die Bundesregierung die bisherigen Erfolge des Aktionsprogramms „Jugend für Toleranz und Demokratie“ sowie der Förderprogramme Xenos, Civitas und Entimon?

Welche Folgerungen zieht sie daraus für die weitere Arbeit?

Das Aktionsprogramm „Jugend für Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ besteht aus den Teilprogrammen „entimon – Gemeinsam gegen Gewalt und Rechtsextremismus“, „CIVITAS – initiativ gegen Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern“ und „Xenos – Leben und Arbeiten in Vielfalt“. Es leistet einen wesentlichen Beitrag im Kampf gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Gewalt. Mit dem im Jahr 2001 initiierten Programm fördert die Bundesregierung demokratisches Verhalten, ziviles Engagement, Toleranz und Weltoffenheit. Seit Programmbeginn sind rund 3 600 Projekte, Initiativen und Maßnahmen mit mehr als 154 Mio. Euro gefördert worden. Für das Haushaltsjahr 2005 wurden die für die Teilprogramme CIVITAS und entimon vorgesehenen Mittel auf nunmehr 9 Mio. Euro bzw. 10 Mio. Euro aufgestockt. Damit werden – nach derzeitigem Planungsstand – bis zum Jahr 2006 insgesamt rund 192 Mio. Euro aus Bundesmitteln für die Programmumsetzung zur Verfügung stehen. Jedes der drei Teilprogramme wird durch unterschiedliche Forschungseinrichtungen wissenschaftlich begleitet. Das Aktionsprogramm steht unter dem

Dach des „Bündnisses für Demokratie und Toleranz – gegen Extremismus und Gewalt“.

Die Bundesregierung bewertet die bisherigen Ergebnisse des Aktionsprogramms positiv. Die jeweiligen Programmziele wurden weitgehend erreicht. Die hohe Zahl von Förderanträgen und geförderten Projekten lässt auf einen nach wie vor großen Bedarf an präventiv-pädagogischen Programmen und auf deren hohe zivilgesellschaftliche Akzeptanz schließen.

Die bisher erzielten Ergebnisse und Erfolge des Aktionsprogramms „Jugend für Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ können jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Notwendigkeit, die Zivilgesellschaft zu stärken, Toleranz und Weltoffenheit zu fördern und rechtsextremistisches, fremdenfeindliches und antisemitisches Gedankengut zurückzudrängen, auch nach 2006 weiter bestehen wird. Dies dokumentieren auch aktuelle Studien.

Der Bund kann sich daher aus seiner Verantwortung für diese Aufgaben nicht zurückziehen. Es liegt im Bundesinteresse, in Umsetzung der Anregungsfunktion des Bundes programmatische Akzente in diesen Politikbereichen zu setzen.

11. Welche freien Träger und Organisationen im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit sind kontinuierlich in diese Programme der Bundesregierung einbezogen?

In welcher Form?

Das Aktionsprogramm „Jugend für Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ (vgl. Antwort zu Frage 10) ist zwar nicht ausschließlich auf Kinder und Jugendliche ausgerichtet. Gleichwohl stellen junge Menschen eine wesentliche Zielgruppe des Aktionsprogramms dar. Aus diesem Grund sind eine Vielzahl anerkannter Träger der Kinder- und Jugendhilfe, bundesweit tätige freie Träger mit Zentralstellenstruktur sowie weitere Träger aus dem Bereich der Kinder- und Jugendarbeit maßgeblich in die Umsetzung des Programms einbezogen. Allein im Rahmen der Teilprogramme entimon und CIVITAS wurden seit 2001 rund 300 im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit tätige Träger mit einem Gesamtvolumen von ca. 31 Mio. Euro gefördert. Auch im Rahmen des Teilprogramms Xenos werden eine Vielzahl unterschiedlicher Initiativen und Organisationen gefördert. Hierbei handelt es sich um private Träger, wie z.B. Unternehmen und Betriebe, und Träger, die den Wohlfahrtsverbänden, den Gewerkschaften, den Kammern bzw. den Wirtschaftsverbänden und den Kirchen angeschlossen sind. Darüber hinaus werden Kommunen und kommunale Träger, Schulen, Hochschulen und Volkshochschulen sowie sonstige anerkannte Träger der Jugendberufshilfe und -sozialarbeit im Rahmen einer bis zu dreijährigen Projektförderung einbezogen.

Die Einbeziehung der verschiedenen Träger und Organisationen in das Aktionsprogramm findet auf unterschiedlichen Ebenen und in unterschiedlichen Formen statt.

Als Kooperations- und Netzwerkpartner auf der Projektebene vor Ort spielen die im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit tätigen Träger eine ebenso wichtige Rolle wie bei der Multiplikation der Ergebnisse und Erfahrungen der durchgeführten Maßnahmen durch die jeweiligen Zentralstellen.

Auch auf der Programmebene werden die verschiedenen Organisationen in die Entscheidungsprozesse einbezogen. Die in den Beiräten vertretenen Expertinnen und Experten begleiten die Arbeit der für die Programmumsetzung verantwortlichen Servicestellen und beraten das Bundesministerium für Familie,

Senioren, Frauen und Jugend bei der konzeptionellen Weiterentwicklung der Teilprogramme.

12. Welche Projekte und Maßnahmen hat die Bundeszentrale für politische Bildung zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit in den letzten 5 Jahren durchgeführt, und welche weiteren sind geplant?

Welche Erkenntnisse ergeben sich daraus?

Wegen der fortwährenden Relevanz des Themas Rechtsextremismus hat die Bundeszentrale für politische Bildung im Jahr 2000 eine Projektgruppe „Rechtsextremismus“ eingerichtet. Diese entwickelt eigene Projektideen, führt – meist in Kooperation – selbst Projekte durch, fördert als Modellprojekte geeignete Maßnahmen und wertet diese aus. Insgesamt hat die Bundeszentrale in den letzten fünf Jahren 40 derartige Projekte durchgeführt.

13. Inwieweit konnte die Bundesregierung in den vergangenen 5 Jahren zur Förderung demokratischen Verhaltens in Kindergarten und Schule beitragen und will sie diese Bemühungen fortsetzen?

Die Bundesregierung misst der Erziehung zu demokratischem Verhalten auch im Elementarbereich hohe Bedeutung bei. Aus diesem Grund unterstützt die Bundesregierung eine große Zahl von Maßnahmen, Initiativen und Projekten, mit deren Hilfe demokratisches Verhalten von Kindern und Jugendlichen in Kindergarten und Schule gefördert werden.

So hat die Bundesregierung im Rahmen des vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend in Auftrag gegebenen Projekts „Modelle gesellschaftlicher Beteiligung von Kindern und Jugendlichen“ Mitbestimmungsmöglichkeiten von Kindern in Kindergärten untersuchen lassen. Die Ergebnisse sind in der Broschüre „Partizipation - ein Kinderspiel?“ veröffentlicht worden. Die Mitbestimmung von Kindern ist auch Gegenstand der vom Bund geförderten „Nationalen Qualitätsinitiative im System der Tageseinrichtungen für Kinder“.

Des Weiteren unterstützt die Bundesregierung mit dem Investitionsprogramm „Zukunft, Bildung und Betreuung“ die Länder beim bedarfsgerechten Ausbau des schulischen Ganztagsangebots. Neben dem Ausbau des Ganztagsangebots fördert die Bundesregierung auch die Verbesserung der Kooperation von Jugendhilfe und Schule. Eine gelingende Kooperation bedarf der Einbeziehung aller handelnden Akteure. Vielen jungen Menschen fehlen aber wichtige Voraussetzungen für politische Partizipation. Mit dem „Projekt P - misch dich ein“, einer gemeinsamen Initiative des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, des Deutschen Bundesjugendrings und der Bundeszentrale für politische Bildung, soll dem entgegen gewirkt werden.

Auch im Rahmen des Bundesprogramms „LOS – Lokales Kapital für soziale Zwecke“ fördert die Bundesregierung Toleranz und Demokratie gerade bei jungen Menschen. So sind weit über die Hälfte der durch „LOS“ geförderten Projekte, deren durchschnittliche Fördersumme 6 000 Euro beträgt, u. a. auch auf die Förderung von Toleranz und Demokratie ausgerichtet und haben die Anerkennung, den Schutz und den Respekt gegenüber ethnischen, kulturellen und sozialen Minderheiten zum Ziel.

Im Rahmen der außerschulischen Jugendbildung fördert die Bundesregierung über den Kinder- und Jugendplan des Bundes 43 Träger und Einrichtungen der politischen Jugendbildung. Die vielfältigen Angebote der Träger und Einrich-

tungen haben zum Ziel, demokratisches Bewusstsein und die Kompetenz zu Partizipation und Mitgestaltung zu steigern und junge Menschen zu ermutigen, sich an den demokratischen Prozessen unserer Gesellschaft zu beteiligen.

Auch das Aktionsprogramm „Jugend für Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ (vgl. Antwort zu Frage 10) hat die Förderung demokratischen Verhaltens von Kindern und Jugendlichen in Kindergarten und Schule zum Ziel.

Ebenfalls im schulischen Bereich fördert die Bundesregierung das Modellprojekt „Unsere Schule ...“ gegen Gewalt, Ausländerfeindlichkeit, politischen Extremismus und Antisemitismus.

Seit 2002 läuft an 160 Schulen in 13 Bundesländern das Modellprogramm „Demokratie lernen und leben“ der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung, das mit 12,5 Mio. Euro ausgestattet ist und je zur Hälfte von Bund und Ländern finanziert wird. Ziel des Programms ist die Förderung demokratischer Handlungskompetenz von Schülerinnen und Schülern sowie einer demokratischen Schulkultur. Das Programm ist projektiert bis zum Jahre 2007.

Aus Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) wird der seit 1989 für allgemein bildende Schulen ausgeschriebene Wettbewerb „Demokratisch Handeln“ gefördert. Der Wettbewerb will demokratische Haltung und demokratische Kultur im gelebten Alltag von Schule und Jugendarbeit stärken.

Ergänzend zu den dargestellten Programmen und Projekten förderte das BMBF die Erstellung von Medien und Medienpaketen zur Gewaltprävention.

Die Bundesregierung beabsichtigt, ihre Bemühungen im Bereich der Förderung demokratischen Verhaltens von Kindern und Jugendlichen in Kindergarten und Schule auch in Zukunft fortzusetzen.

14. Inwieweit leisten der internationale Jugendaustausch und die Städtepartnerschaften einen Beitrag zur Förderung von Toleranz und Weltoffenheit?

Wie kann diese Förderung verstärkt werden?

Der internationale und interkulturelle Jugendaustausch, auch im Rahmen von internationalen Städtepartnerschaften, trägt dazu bei, andere Kulturen und Gesellschaftsordnungen sowie internationale Zusammenhänge besser kennen zu lernen. Jugendliche sind Gäste in anderen Ländern und selbst Gastgeber für Gäste aus dem Ausland. Sie müssen in den Begegnungen mit Divergenzen produktiv umgehen, leben und erleben Offenheit und Toleranz, bauen Vorurteile ab und relativieren Ängste vor Fremdem.

Trotz der schwierigen Haushaltssituation wurden die Mittel im Kinder- und Jugendplan des Bundes zur Förderung der internationalen Jugendarbeit in den letzten Jahren leicht erhöht.

Die Vor- und Nachbereitung sowie die Durchführung von internationalen Begegnungs- und Austauschmaßnahmen sind integraler Bestandteil einiger Projekte, die im Rahmen des Aktionsprogramms „Jugend für Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ gefördert werden. So werden u. a. Auslandspraktika von Jugendlichen und Auszubildenden sowie internationale Austausch- und Begegnungsmaßnahmen unterstützt.

15. Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, Akteure der Zivilgesellschaft, wie Vereine, Verbände, Unternehmen, Stiftungen, Bildungsträger, Behörden und öffentliche Einrichtungen, zu einem verstärktem Engagement für eine demokratische Kultur und gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit zu bewegen?

Die Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Akteure ist einer der tragenden Pfeiler der Bekämpfung von Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus. Ohne die verantwortliche Beteiligung aller zivilgesellschaftlichen Kräfte neben Bund, Ländern und Gemeinden sind Erfolge schwer vorstellbar. Zentrales Anliegen ist dabei die Aktivierung junger Menschen für unsere Demokratie.

Eine wesentliche Stütze bei der Anregung und Förderung bürgerschaftlichen Engagements ist das im Jahr 2000 von der Bundesregierung ins Leben gerufene „Bündnis für Demokratie und Toleranz – gegen Extremismus und Gewalt“. Unter dessen Dach haben sich mittlerweile über 1 000 Initiativen, Gruppierungen und Einzelpersonen aus allen Bereichen der Gesellschaft zusammengefunden, die einen unverzichtbaren Beitrag für eine gelebte Demokratie im Sinne der Grundwerte unserer Verfassung leisten.

Als erfolgreiche Instrumente hierfür haben sich verschiedene Wettbewerbe erwiesen:

An „Aktiv für Demokratie und Toleranz“ haben sich seit 2001 rund 1 300 überwiegend kleine lokal oder regional operierende Initiativen beteiligt, von denen über 300 mit Geldpreisen bis zu 5 000 Euro ausgezeichnet wurden.

Zusammen mit der Dresdener Bank und dem Zweiten Deutschen Fernsehen veranstaltet das Bündnis jährlich den Victor-Klemperer-Wettbewerb, an dem sich bislang 60 000 Jugendliche beteiligt haben. Im Jahr 2004 lautete das Motto „Kreativ für Toleranz“.

Jährlich zum Tag des Grundgesetzes am 23. Mai zeichnet das Bündnis vier bis fünf Gruppen oder Einzelpersonen als „Botschafter der Toleranz“ aus. Die Auszeichnung ist mit je 5 000 Euro dotiert.

Die Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) beteiligt sich aktiv an den Förderprogrammen der Bundesregierung. Die Erfahrungen der Projektgruppe Rechtsextremismus der Bundeszentrale zeigen, dass es ein erhebliches Engagement für eine demokratische Kultur gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit auf allen Ebenen gibt. Künftig wird es daher um eine Verlängerung und Unterstützung vorhandenen Engagements und um die Intensivierung der Netzwerkbildungen zwischen politischen und außerpolitischen Institutionen gehen. Gesellschaftliche Gruppen wie Sportvereine, Schützenvereine, Heimatvereine u. Ä. sowie Kirchen werden durch die Bundeszentrale z. B. durch die Bereitstellung von Arbeitsmaterialien und Beratung in ihren Bemühungen unterstützt, Alternativen gegen rechte Jugendkulturen aufzustellen und den Jugendlichen Denk- und Erlebnisalternativen anzubieten.

Schließlich sei als weiteres Beispiel das Aktionsprogramm „Jugend für Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ (siehe Antwort zu Frage 10) genannt. Im Rahmen des Aktionsprogramms werden auf Bundes-, Landes- und regionaler Ebene eine Vielzahl öffentlichkeitswirksamer Veranstaltungen und Aktivitäten durchgeführt. Die Öffentlichkeitsarbeit der Modellprojekte und der Programmpartner dient u. a. dazu, das Engagement der Projektpartner sichtbar zu machen und dadurch weitere zivilgesellschaftliche Akteure zu motivieren, sich für die Stärkung der demokratischen Kultur, für Toleranz und Weltoffenheit aktiv einzusetzen.

